



Plenarprotokoll

89. Sitzung

Kiel, Dienstag, 15. Juni 1999

Abstimmung im Rahmen der zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1525

Bericht und Beschlußempfehlung des Fi-
nanzausschusses
Drucksache 14/2176

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2209

Änderungsantrag der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 14/2213

Zur Geschäftsordnung:

Meinhard Füllner [CDU].....	6676, 6677, 6683
Holger Astrup [SPD].....	6676
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	6679, 6682
Martin Kayenburg [CDU]	6680, 6682
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	6680
Anke Spoorendonk [SSW]	6681
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	6683
Thomas Stritzl [CDU]	6684
Ursula Kähler [SPD]	6685
Eva Peters [CDU]	6685

Beschluß: Verabschiedung des
Gesetzentwurfs Drucksache 14/1525
6686

Feststellung des Präsidenten, daß der
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. zur
Überleitung der Landesbauverwaltung in
eine private Rechts- und Organisationsform,
Drucksache 14/698, erledigt ist

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und
Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Land-
wirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur
und Forsten

* * * * *

Beginn: 14:02 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 35. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

Ich habe diese Tagung gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung auf Antrag von Abgeordneten der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als außerordentliche Tagung einberufen. Der Antrag ist gestellt worden, weil die Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein am 4. Juni 1999 wegen Beschlußunfähigkeit des Landtages nicht durchgeführt werden konnte.

Die Einberufung ist ordnungsgemäß erfolgt. Das Haus ist beschlußfähig.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Gerckens. Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Geißler.

Ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

Abstimmung im Rahmen der zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1525

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 14/2176

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2209

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2213

Das Wort zu einem Beitrag zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

- Herr Abgeordneter Füllner, bitte!

Meinhard Füllner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, Herr Präsident, aber ich habe offensichtlich eine falsche Einladung erhalten. Die Tagesordnung, die Sie eben vorgelesen haben, liegt mir nicht vor. In meiner Einladung heißt es: Einziger Tagesordnungspunkt: Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein. Sie haben dies auf die Abstimmung verkürzt. Ich gehe davon aus, daß wir heute noch einmal eine Beratung dazu durchführen und diesen Punkt als vollwertigen Tagesordnungspunkt behandeln werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, wir haben es mit der zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein zu tun. In der letzten Sitzung, in der sich der Landtag mit diesem Tagesordnungspunkt befaßt hatte, ist das Parlament durch den Willen der Fraktionen von CDU und F.D.P. zur Beschlußunfähigkeit geführt worden, so daß die nach Abschluß der Beratung zu erfolgende Abstimmung nicht durchgeführt werden konnte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Präsident!)

- Sie kommen dran! - Daraufhin ist von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine außerordentliche Tagung beantragt worden, in der dieser Tagesordnungspunkt ordnungsgemäß zu Ende behandelt werden soll.

In dieser Debatte befinden wir uns jetzt. Mir liegen jetzt Wortmeldungen zur Geschäftsordnung von Herrn Abgeordneten Astrup, Herrn Abgeordneten Füllner und Herrn Abgeordneten Kubicki vor - Herr Abgeordneter Astrup!

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag hat sich nach fast einjähriger interner Debatte im Finanzausschuß und in anderen Gremien des Landtages am 4. Juni 1999 in aller Ausführlichkeit und unter vollständiger Ausschöpfung der gesamten zwischen den Fraktionen vereinbarten Redezeiten mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein beschäftigt. Ein von Herrn Kollegen Stritzl in seinem Redebeitrag angesprochener Antrag auf eine dritte Lesung nach § 28 der Geschäftsordnung ist zwar vollmundig angekündigt, aber nicht gestellt worden.

Ausweislich des vorläufigen Protokolls über den Ablauf der Sitzung vom 4. Juni hatte der Präsident deshalb am Ende der Debatte festgestellt, daß erstens der Landtag am Schluß seiner Beratung war und zweitens keine weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum vorlagen. Der Finanzminister hatte sich allerdings noch zu einem Beitrag im Rahmen seiner nicht ausgeschöpften Redezeit gemeldet, um zusätzliche Antworten auf gestellte Fragen zu geben. Auch nach diesem Redebeitrag des Finanzministers gab es keinerlei Wortmeldungen oder Anträge mehr, so daß die Feststellung des Präsidenten auf Schluß der Beratung

(Holger Astrup)

ihre Gültigkeit behielt. Ausschließlich die eigentliche Beschlußfassung stand zu diesem Zeitpunkt noch aus.

Diese Beschlußfassung ist von der Opposition allerdings dadurch verhindert worden, daß sie während des Kurzbeitrages des Finanzministers den Plenarsaal verließ und auf diese Weise die Beschlußunfähigkeit des Landtages willkürlich herbeigeführt hat. Nur aus diesem Grund mußte der Präsident gemäß § 59 Abs. 1 der Geschäftsordnung und damit unmittelbar vor der Abstimmung feststellen, daß der Landtag durch den Auszug der Opposition nicht mehr beschlußfähig und die Sitzung somit beendet war.

Da lediglich die Abstimmung infolge der Beschlußunfähigkeit nicht mehr durchgeführt werden konnte, gilt hiermit § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung, in dem es heißt:

„Eine Abstimmung oder Wahl, die infolge Beschlußunfähigkeit nicht durchgeführt werden kann, wird in der nächstfolgenden Sitzung nachgeholt ...“

Die Abstimmung kann in der nächstfolgenden Sitzung deshalb nicht nachgeholt werden, weil unsere Absicht ist, das Gesetzeswerk zum 1. Juli 1999 in Kraft treten zu lassen. In der Kommentierung zur Geschäftsordnung heißt es zu diesem Fall:

„Konnte eine Abstimmung oder Wahl wegen der nunmehr festgestellten Beschlußunfähigkeit nicht durchgeführt werden, wird sie in einer der nächsten Landtagssitzungen nachgeholt. Eine erneute Beratung findet ... nicht statt.“

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben unmittelbar nach der zwangsweisen Beendigung am 4. Juni gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Tagung gestellt, um das im Regelwerk zur GMSH vorgesehene Inkrafttreten zum 1. Juli 1999 zu gewährleisten.

Der Präsident hat diese beantragte außerordentliche Tagung auf der Grundlage des § 45 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den heutigen Tag ab 14:00 Uhr festgesetzt, weil der Landtag selbst wegen seiner Beschlußunfähigkeit, die Sie herbeigeführt haben, über einen Termin nicht entscheiden konnte.

In dieser Situation sind wir jetzt und müssen demnach die Abstimmung über den ausführlich am 4. Juni erörterten Gegenstand nachholen. Eine erneute Aussprache ist nach der Kommentierung des § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung nicht vorgesehen und wegen der ausführlichen Diskussion vor elf Tagen auch nicht erforderlich.

Fazit: Der Landtag mußte heute zusammentreten, um eine Abstimmung durchzuführen, die am 4. Juni innerhalb von fünf Minuten erfolgt wäre, wenn die Opposition sie nicht durch die Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit verhindert hätte.

(Zuruf von der CDU: Aber Sie hatten doch die Mehrheit!)

Das heißt als Fazit für mich: Zehn Minuten für 10.000 DM wäre aus der Sicht der SPD-Fraktion eine geeignete Schlagzeile für die heutige außerordentliche Tagung des Landtages.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Füllner.

Meinhard Füllner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier noch einmal für die CDU-Fraktion ausdrücklich feststellen, daß die Beschlußunfähigkeit des Landtages erst gegeben war, als der Landtag nach der von der SPD beantragten Sitzungsunterbrechung wieder zusammentreten sollte.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Herr Kollege Hay, Sie haben die Unterbrechung der Sitzung damit begründet - diese Feststellung scheint Ihnen in diesem Kontext, den Herr Astrup dargestellt hat, wichtig zu sein -, daß sich die SPD-Fraktion noch mit einigen Punkten beschäftigen müssen, die von der Opposition aufgeworfen worden seien.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört! - Lothar Hay [SPD]: Glauben Sie selber, was Sie hier sagen? - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist dreist! - Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang erinnere ich auch daran - Sie haben das hier ehrlicherweise auch angesprochen -, daß Herr Kollege Stritzl in seiner Rede für die CDU-Fraktion eine dritte Lesung eingefordert hatte. Nach meinem Augenschein haben Sie diese Forderung mit starkem Kopfschütteln beantwortet.

(Widerspruch bei der SPD)

Deshalb sind wir natürlich davon ausgegangen, daß von Ihnen keine dritte Lesung befürwortet werden würde.

(Widerspruch bei der SPD)

(Meinhard Füllner)

Der zweite Punkt hängt mit der Redezeit zusammen. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich scheuen, jetzt noch einmal hier an dieser Stelle eine parlamentarische Debatte zu führen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Präsident hat nämlich nach der Feststellung der Beschlußunfähigkeit ausdrücklich - laut Protokoll - die Sitzung für beendet erklärt. Für die CDU-Landtagsfraktion ist die heutige Tagung deshalb eine völlig neue Tagung nach dem Recht der Fraktionen, das sie auch in Anspruch genommen haben, nämlich nach § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung, die Durchführung einer außerordentlichen Sitzung zu beantragen. Sie ist also keine Fortsetzung nach einer Unterbrechung einer Tagesordnung oder einer Unterbrechung in der Landtagssitzung,

(Holger Astrup [SPD]: Lesen Sie mal die Geschäftsordnung, Kollege!)

sondern sie ist eine völlig neue Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und, Herr Astrup: Sie kennen die Tagesordnung genauso wie ich.

(Holger Astrup [SPD]: Geschäftsordnung!)

Nach § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung haben die Fraktionen eine Mindestredezeit von 20 Minuten. Und diese fordern wir auch ein. Und sie ist auch von der Sache her gerechtfertigt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: In diesem konkreten Fall nicht!)

Herr Hay, sie ist auch deshalb gerechtfertigt, weil Sie nach Ihrer Sitzungsunterbrechung,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Allgemeines Schütteln des Kopfes!)

die ja in der letzten Sitzung nicht nur eine Viertelstunde, sondern immerhin eine halbe Stunde gedauert hat, keine weitere Erklärung dazu abgegeben haben. Wir sind natürlich gespannt darauf, was Sie zu den aufgeworfenen Fragen der Opposition gern noch äußern wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Angesichts der Erklärung von Herrn Astrup in der letzten Sitzung zur Geschäftsordnung möchte ich jetzt noch eine weitere Bemerkung zum Thema Pairing machen. Ich glaube, das müssen wir auch noch einmal richtigstellen, und das ist auch unser Recht an dieser Stelle. Die Vereinbarung, an Außenterminen während

der Landtagssitzung nur nach gegenseitiger Absprache teilzunehmen, ist unsererseits nicht mit dem Ziel erfolgt, Herr Astrup, die Mehrheitsfähigkeit der Koalition zu sichern.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Wir kommen darauf zurück!)

Sie ist ausschließlich erfolgt, um praktisch bei der Außenrepräsentation des Landtages gleichberechtigt mit Mehrheitsfraktionen und Mitgliedern der Regierung draußen vertreten zu sein.

(Lothar Hay [SPD]: Wir merken uns das, Herr Füllner! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sportlich, fair und fein!)

Ich sage noch einmal hier für die CDU-Fraktion: Es gibt kein Pairing-Abkommen, und es wird auch kein Pairing-Abkommen geben.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, gestatten Sie mir, an dieser Stelle im Namen der Landtagsfraktion auch eine Bitte an Sie auszusprechen, nämlich bei dem üblichen Abstimmungsverfahren des Ältestenrates zu bleiben - auch bei der Einberufung einer außerordentlichen Sitzung und auch angesichts der Verärgerung der Mehrheitsfraktionen.

(Holger Astrup [SPD]: Ein Blick in die Geschäftsordnung wirkt Wunder, Herr Kollege!)

Wir hätten dann nämlich diese Fragen, die wir hier kontrovers im Parlament besprechen, auch in diesem bewährten Gremium bereden können.

(Holger Astrup [SPD]: Lesen Sie die Geschäftsordnung!)

Wir hätten dann nämlich auch den zweiten Punkt bereden können, Herr Astrup!

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

Wir hätten prüfen können, Herr Präsident, inwieweit wir weitere Punkte der Tagesordnung, die in der letzten Sitzung liegengeblieben sind, noch hätten bereden können.

(Holger Astrup [SPD]: Haben Sie einen Antrag gestellt? Null Antrag, kein Antrag, aber hier reden!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Füllner, kommen Sie bitte zum Schluß!

Meinhard Füllner [CDU]:

Ich komme zum letzten Punkt, Herr Präsident! Das muß hier an dieser Stelle richtiggestellt werden; das Recht hat die Oppositionsfraktion angesichts der Ausführungen des Kollegen Astrup. Die Geschichte mit dem Tagesgeld, Herr Astrup, grenzt schon an eine Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Oh, oh!)

Sie wissen genau - wie fast alle mündigen Bürger hier im Land -, daß es kein zweites Tagesgeld für eine zweite Sitzung an einem Tag gibt. Wenn Sie dauernd davon sprechen, daß Sie das zusätzliche Tagesgeld für eine Sondersitzung der Kosovo-Flüchtlingshilfe zukommen lassen werden, dann muß ich fragen:

(Glocke des Präsidenten)

Woher nehmen Sie dieses Geld? Sie bekommen gar kein Geld.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb spendet er ja auch nichts!)

Dann müssen Sie das aus Ihrem üblichen Tagesgeld, das Sie für Ihre Fraktionssitzung bekommen - -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Füllner, kommen Sie bitte zum Schluß!

Meinhard Füllner [CDU]:

Ich komme zum Schluß. Sie müssen dann das Tagesgeld, das Sie dort bekommen, spenden.

Ich stelle für die CDU-Fraktion abschließend fest: Diese Landtagssitzung heute kostet keinen Pfennig mehr als die üblichen Fraktionssitzungen; und Kosten von 10.000 DM entstehen nicht, Herr Astrup!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, von der Geschäftslage her liegt jetzt ein Geschäftsordnungsantrag vor, daß die Debatte wieder eröffnet werden soll. Herr Abgeordneter Füllner hat 20-Minuten-Beiträge beantragt. Wird zu diesem Geschäftsordnungsantrag das Wort gewünscht?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

- Herr Abgeordneter Kubicki, zu diesem Geschäftsordnungsantrag! Um diesen dreht es sich jetzt!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch zu diesem!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Fraktion unterstützt diesen Antrag, obwohl es nach unserer Auffassung darauf auch gar nicht ankommt, und zwar deshalb, weil es sich hierbei nicht um eine Unterbrechung der ursprünglichen Sitzung handelt,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

sondern um die Beantragung einer eigenständigen außerordentlichen Sondersitzung des Parlamentes. Wenn es eine Unterbrechung gewesen wäre, hätten sich auf der Tagesordnung die anderen nicht behandelten Punkte - wie Investitionsbankgesetz und andere - befinden müssen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Thomas Stritzl [CDU]: So ist es!)

Es hat uns ohnehin gewundert, daß der Tag nicht genutzt worden ist, um die nichtbehandelten Tagesordnungspunkte hier abzuarbeiten. So haben wir ja - wie üblich - das Problem mit den vielen Tagesordnungspunkten wieder.

Ich schließe mich - ich komme dann noch zu anderen Ausführungen zur Geschäftsordnung, Herr Präsident - dem Antrag der Union ausdrücklich an.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung lagen nicht vor. Sie sind nicht eingereicht worden. Und von mir aus bestand auch kein Anlaß, weitere Tagesordnungspunkte - -

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber es steht in der Geschäftsordnung! - Zuruf von der CDU)

- Hören Sie bitte zu. Es bestand auch kein Anlaß, weitere Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung zu setzen. Sie sind auf die Juli-Tagung verschoben worden.

So, meine Damen und Herren, wir reden über den Geschäftsordnungsantrag, den Herr Abgeordneter Kubicki noch einmal unterstützt hat. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Geschäftsordnungsantrag? - Herr Abgeordneter Kayenburg!

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu diesem - wie vom Präsidenten formuliert - Geschäftsordnungsantrag! Es handelt sich nicht um einen Geschäftsordnungsantrag, sondern es handelt sich um eine Feststellung, um das selbstverständliche Recht, über das überhaupt nicht abgestimmt werden darf.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe stark den Eindruck, daß der Opposition die Chance genommen werden soll, die Fehler, die hier geschehen sind, noch einmal deutlich zu machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Lachen und Widerspruch von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, Herr Astrup: Sie als 35-%-Partei sollten das Lachen hier lassen!

(Beifall bei der CDU)

Wer in einer Art wie Sie - wie ein Roßtäuscher - hier deutlich zu machen versucht, er tue etwas für den Kosovo, und sich sogar nicht scheut, dieses ernste Thema zu instrumentalisieren, und sagt, er wolle Sitzungsgeld spenden, das er überhaupt nicht bekommt, der hat überhaupt das Recht verloren, in diesem Parlament zu diesem Thema zu sprechen, Herr Astrup!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Merken Sie nicht, daß Sie sich lächerlich machen, Herr Kayenburg?)

Herr Präsident, bevor ich auf weitere Punkte zur Geschäftsordnung komme - dazu werde ich mich gleich noch einmal melden -, bitte ich hier festzustellen, daß Sie der Opposition bei einer neu einberufenen Sitzung ein selbstverständliches Recht nicht abschneiden sollten -

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

es sei denn, Sie wollten darüber abstimmen lassen, daß diese Sitzung keine außerordentliche eigenständige Sitzung ist, sondern eine, die eine Fortsetzung bedeutet. Und dann wiederhole ich die Frage: Wenn es denn eine Fortsetzung ist, warum sind die Tagesordnungspunkte nicht drauf, die offen waren? Aber daß Sie hier über die Verfassung in dieser Form abstimmen wollen und das der einfachen Mehrheit dieser Regierungskoalition überlassen wollen, das geht für mich dann doch zu weit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hentschel.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Kindergarten will die Regierung übernehmen!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben nicht zugehört. Herr Astrup hat mit der Hilfe eines Kommentars festgestellt, daß in einer nächsten Sitzung über einen Tagesordnungspunkt, der bereits zu Ende debattiert war, aber aufgrund von Beschlußunfähigkeit nicht zur Abstimmung kam, keine Debatte stattfindet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Er ist gar nicht zur Abstimmung gestellt worden!)

- Gültiger Kommentar zur Geschäftsordnung!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, den müssen Sie mal lesen, Herr Kollege!)

Das ist der erste Punkt.

(Zurufe von der CDU)

Der zweite Punkt: Ihre Ausführungen zum Pairing empfinde ich als traurig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Mir gegenüber haben sich CDU-Abgeordnete entschuldigt, daß sie nicht gewußt haben, daß das Pairing vereinbart war

(Glocke des Präsidenten)

und daß das leider dem Fraktionsvorstand nicht mitgeteilt worden ist.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, kommen Sie bitte zur Sache!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich wundere mich, wenn hier plötzlich etwas anderes erzählt wird.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, kommen Sie bitte zur Sache. Es geht jetzt um den Geschäftsordnungsantrag.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Drittens: Ich halte den Antrag auch inhaltlich-sachlich für unbegründet. Wenn nach einem Jahr Behandlung, nach zahllosen Befassungen in Ausschüssen,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

nach ausführlicher Beratung im Landtag, nach ausführlicher, langanhaltender, öffentlicher Diskussion hier behauptet wird, es bestehe überhaupt keine Gelegenheit zur Diskussion, wenn keine Redebeiträge vorliegen, kein Antrag auf dritte Lesung gestellt wird und auch nicht beantragt worden ist, eine erneute Befassung des Finanzausschusses durchzuführen - was ja zwischenzeitlich möglich gewesen wäre -, und Sie dann sagen, es sei nicht genügend Gelegenheit zur Diskussion gewesen, dann finde ich das auch inhaltlich nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens: Wir werden unser Sitzungsgeld spenden, wie wir es angekündigt haben,

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Welches denn?)

und fänden es gut, wenn Sie sich dem

(Glocke des Präsidenten)

vom heutigen Tage - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, ich hatte Sie aufgefordert, zur Sache zu sprechen. Wenn ich Sie ein drittes Mal dazu auffordern muß, entziehe ich Ihnen das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Fünftens: Ich halte den Antrag auch deswegen für unbegründet, weil ich es als nicht gerechtfertigt ansehe, wenn eine Oppositionspartei einen Antrag nur deshalb nicht stellt, weil der Abgeordnete Astrup den Kopf schüttelt.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Auch von mir ein letztes Wort zur Geschäftsordnung! Wir haben in dieser Debatte zur Geschäftsordnung einmal pro und einmal contra zu sprechen. Das ist ausreichend geschehen. - Nein, das Wort zur Geschäftsordnung hat jetzt Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Geschäftsordnung! Am Freitag, dem 4. Juni, fand die zweite Lesung dieses Gesetzentwurfs statt. Es lagen keine weiteren Redebeiträge vor; alle Argumente waren ausgetauscht. Dies war der Sachstand, als der Landtag beschlußunfähig wurde.

Diese Beschlußunfähigkeit war ja nicht von vornherein gegeben; sie war provozierend herbeigeführt worden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seitdem ist nichts gelaufen - kein Antrag auf weitere Ausschlußberatungen, keine Anträge zu dem vorliegenden Gesetzentwurf!

(Martin Kayenburg [CDU]: Die waren doch in Schweden oder was weiß ich! In den Niederlanden!)

Meine Konklusion daraus ist weiterhin, daß wir es mit einer Provokation zu tun haben. Wie wird man mit Provokationen fertig? - Nicht damit, daß man weiterprovoziert!

Eine letzte Bemerkung muß ich dann noch zu dem Pairing loswerden, Herr Präsident. Es gab einmal eine Zeit, in der die CDU in diesem Land mit einer Stimme Mehrheit regierte. Da gab es einen CDU-Abgeordneten, der war schwerkrank und konnte an einer Abstimmung nicht teilnehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Präsident! Wenn jetzt alle etwas dazu sagen wollen, wie ist das?)

Der SSW-Landtagsabgeordnete ging hinaus, damit die Mehrheitsverhältnisse im Landtag gewahrt blieben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man meint, daß Pairing damit zu tun habe, daß die eine oder andere Seite ihre eigenen Mehrheiten aufrechterhalten sollte, dann hat man nicht begriffen,

(Anke Spoorendonk)

daß mit dem Pairing der Wählerwille zum Ausdruck gebracht werden soll.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki.

(Lothar Hay [SPD]: Wir können noch drei Stunden lang eine Geschäftsordnungsdebatte führen!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Nur aus Fairnessgründen: Ich habe zu dem Geschäftsordnungsantrag, der eigentlich keiner sein soll, bereits gesprochen. Aber da alle Redner hier zur Frage des Pairing und zur Frage der Veranlassung sprechen durften, möchte ich wenigstens zwei Sätze dazu sagen dürfen,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich nicht!)

weil sonst das Fairnessgebot wirklich verletzt wäre.

Erstens: Die Opposition hat möglicherweise mutwillig - ich war übrigens im Saal anwesend - die Beschlußunfähigkeit hergestellt, aber nicht willkürlich.

(Lothar Hay [SPD]: Sie haben genau gezählt! Es waren zwei Leute anwesend! Erzählen Sie doch so etwas nicht! Sie haben hier ein abgekartetes Spiel getrieben, nichts anderes! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Hay, ich habe immer gesagt - und dazu steht meine Fraktion nach wie vor -, daß wir immer dann, wenn jemand von den Mehrheitsfraktionen aus Krankheitsgründen nicht anwesend sein kann, sicherstellen werden, daß die Mehrheitsverhältnisse gewahrt bleiben. Wie wollen niemanden aus dem Krankenhaus oder vom Krankenlager mutwillig in dieses Haus holen, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse ändern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber weder meine Fraktion noch sonst jemand ist dafür verantwortlich, wenn Mitglieder der Regierungsfractionen meinen, sie müßten während einer laufenden Plenartagung Außentermine wahrnehmen. So spielen wir nicht,

(Beifall F.D.P. und CDU)

daß wir hier im Hause anwesend sind, während Sie draußen Wahlkampf machen.

(Ursula Kähler [SPD]: Sie sind doch selbst nie da!)

- Ich war im Saal anwesend, Frau Kollegin Kähler!

Noch einmal: Haben Sie in diesem Haus die Mehrheit oder haben Sie sie nicht? Brauchen Sie die Opposition immer zur Herstellung der Beschlußfähigkeit, oder brauchen Sie sie nicht? Das ist doch die zentrale und entscheidende Frage.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Noch einmal: Sie können Ihre Sitzungsgelder spenden, wann immer Sie wollen. Sie können überhaupt Ihre gesamten Diäten spenden, wann immer Sie wollen. Das können Sie tun. Sie müssen das aber nicht als moralische Keule gegen andere benutzen. Niemand hindert Sie daran, künftig Ihre Sitzungsgelder für Fraktionssitzungen grundsätzlich - -

(Konrad Nabel [SPD]: Warum ziehen Sie sich den Schuh denn überhaupt an?)

- Ich ziehe mir den Schuh überhaupt nicht an, Herr Kollege Nabel! Sie müssen doch der Bevölkerung erklären, warum Sie nicht in der Lage waren, hier die Mehrheit herzustellen, nicht wir. - Wir werden das im nächsten Jahr ändern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

(Ursula Kähler [SPD]: Wir können sie doch nicht an die Kette legen!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch mir geht es hier um eine Richtigstellung.

Frau Spoorendonk, ich empfinde das doch als einen unglaublichen Vorgang. In der letzten Ältestenratssitzung, bevor die Tagung durch den Präsidenten beendet wurde, habe ich für die CDU-Fraktion erklärt, daß wir immer dann, wenn es Kranke geben sollte, selbstverständlich eine Pairing-Situation herstellen würden. Dies hier anders darzustellen, obwohl Sie dabei waren, finde ich wirklich unglaublich!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da muß sich die Opposition jetzt aber einmal einigen, welchen Standpunkt sie hier einnehmen will!)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Herr Kollege Matthiesen, mäßigen Sie sich doch!

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Ich möchte zu der Frage des Beratungsbedarfs und der Eröffnung einer Runde für die Sachberatung heute in dieser außerordentlichen Tagung noch zwei Punkte ansprechen.

Erstens möchte ich darauf hinweisen, daß unmittelbar vor Abbruch der Sitzung am 4. Juni der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Hay, selbst eine Sitzungsunterbrechung mit der Begründung beantragt hat, daß noch Beratungsbedarf bestehe.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, daß die Behandlung des Tagesordnungspunktes „zweite Lesung des GMSH-Gesetzes“ in der letzten Tagung auf Wunsch der Koalitionsfraktionen auf den Freitag nachmittag terminiert wurde, offenkundig mit dem Kalkül und dem Hintergedanken, eine Terminierung so vorzunehmen, daß eine - ich sage es einmal so - möglichst geringe öffentliche Berichterstattung stattfindet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Widerspruch bei der SPD)

Daher ist es schon etwas pikant, wenn die Vertreter der Koalition Vorwürfe an die Adresse der Oppositionsfractionen richten, ein Kalkül verfolgt zu haben. Sie haben offenbar selbst ein Kalkül, ein taktisches Kalkül, verfolgt, das am 4. Juni nicht so, wie beabsichtigt, aufgegangen ist.

Ich möchte daran erinnern, daß es bei diesem Gesetzesentwurf im Zusammenhang mit dem Immobiliendeal immerhin über die Verschiebung von Landesvermögen

in der Größenordnung von 1 Milliarde DM geht, und meine, daß man dafür vielleicht auch in einer solchen Sondersitzung wie heute die Zeit für eine intensivere Beratung einräumen muß, wenn in anderen Fällen halbstündig oder einstündig über Themen wie die Rabenvögel oder die Kormorane - und das zu sehr viel günstigeren Zeiten als gerade am 4. Juni am Freitag nachmittag bei der Debatte über das GMSH-Gesetz - geredet wird.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung aufrufe, möchte ich erstens darauf hinweisen, Herr Abgeordneter Dr. Klug, daß die Positionierung dieses Tagesordnungspunktes im Ältestenrat einvernehmlich geschehen ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P.: Ja, auf Wunsch der Mehrheit!)

Zum zweiten möchte ich noch einmal auf die Geschäftslage hinweisen. In unserer Geschäftsordnung heißt es: Konnte eine Abstimmung wegen der nunmehr festgestellten Beschlußunfähigkeit nicht durchgeführt werden, wird sie in einer nächsten Landtagssitzung nachgeholt. Eine erneute Beratung findet aus diesem Grunde nicht statt.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Es gibt also nur die Möglichkeit, aufgrund eines Geschäftsordnungsantrages, wie er hier gestellt worden ist, Beratungszeit einzuräumen, wenn das Haus insgesamt zustimmt. Das ist der Prozeß, der jetzt abläuft. Wir sollten langsam versuchen, mit diesem Prozeß zu einem Ende zu kommen.

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung vor, von Herrn Abgeordneten Füllner und Herrn Abgeordneten Stritzl. Ich rufe sie nacheinander auf.

(Lothar Hay [SPD]: Es ginge schneller, wenn man sie gemeinsam aufrufen würde! - Weitere Zurufe)

Meinhard Füllner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Präsident, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil mich der Vorwurf ärgert, wir hätten uns nicht bemüht, eine Abstimmung herbeizuführen. Ich habe Sie persönlich nach Eingang der Einladung zu dieser

(Meinhard Füllner)

Sitzung spontan angerufen und für die Fraktion Abstimmungsbedarf eingefordert.

(Holger Astrup [SPD]: Abstimmungsbedarf haben wir alle! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abstimmung, genau! Jetzt nicke ich! Abstimmung!)

Sie haben mir dann gesagt, dies sei ein ganz konkreter, auf den Zeitpunkt und Inhalt bezogener Antrag der SPD-Fraktion, ich müsse mich an die SPD-Fraktion wenden. Sie könnten nicht anders entscheiden, als Sie es getan haben.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Ich möchte feststellen, daß sich das Recht einer Fraktion nach § 46 Abs. 2 ausschließlich auf den Antrag, daß eine Sitzung stattfindet, bezieht und nicht auf die Festlegung zum Beispiel des Zeitpunktes.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das! - Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Das hat mich schon damals so irritiert.

Herr Astrup, Sie haben sehr schroff und unmißverständlich deutlich gemacht, daß es aus Ihrer Sicht keine Abstimmung gibt, mit den Worten: Man trifft sich schließlich zweimal; ihr könnt machen, was ihr wollt, das läuft jetzt so, wie es läuft.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Damit war dieser Punkt für mich erledigt. - Das nur zur Richtigstellung!

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollte uns Herr Füllner sagen? Das habe ich nicht begriffen! - Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, daß wir fast eine halbe Stunde darüber reden,

(Holger Astrup [SPD]: Wer denn? Doch nicht wir! Ihr doch! - Unruhe)

ob die Opposition, ob dieses Parlament zu einer der größten Finanztransaktionen dieses Landes überhaupt eine Debatte führen kann.

(Zurufe)

Ich bestreite - ich bitte, das noch einmal zu prüfen, Herr Präsident -, daß das heute eine Fortsetzung der ehemaligen Sitzung ist. Es müßte eigentlich eine neue Sitzung sein - dieses Argument ist genannt worden - wegen des Nichtaufrufens der verbliebenen Tagesordnungspunkte.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist trotzdem falsch!)

Seitens der SPD wird argumentiert, daß die heutige Sitzung mehr Kosten verursachen würde, die Sie bisher aber nicht vorgerechnet haben. Wieso Sie eigentlich zwei Sitzungsgelder kriegen, wird über das Protokoll sicherlich einmal geprüft.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist Quatsch, was Sie da erzählen!)

- Herr Kollege, wenn Sie ein solches Kostenbewußtsein wirklich hätten, hätten Sie keine Sondersitzung beantragt, sondern die zwei Wochen bis zur turnusmäßigen Sitzung Anfang Juli gewartet. Dann hätten Sie das Geld sicher gespart.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Herr Stritzl, man kann nicht jeden Unsinn hier erzählen!)

- Kollege Astrup, ich sehe, Sie greifen zum Taschentuch, um Ihre Krokodilstränen wegzuwischen.

Wenn wir heute darüber abstimmen müssen, weil die Mehrheit der Meinung ist, es sei eine Geschäftsordnungsfrage,

(Holger Astrup [SPD]: Natürlich!)

bitte ich Sie, selbst zu prüfen, ob Sie Angst vor dieser Debatte haben

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder sich der Debatte stellen und dem Parlament die Möglichkeit zur Aussprache geben.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tun Sie es nicht, nähren Sie selbst den Eindruck, daß Sie wissen, daß Ihr Vorhaben eher ein Ritt über den Bodensee ist. Im Gegensatz zum literarischen Beispiel bricht aber das Eis vor Ihnen, und das können wir uns als Land nicht leisten. Deswegen wollen wir eine Debatte und eine vernünftige Diskussion.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Es geht um die Geschäftsordnungsdebatte und sonst gar nichts!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Verehrter Herr Kollege Stritzl, ich möchte meine Worte zur Geschäftsordnung nicht inflationieren. Ich habe deutlich gesagt, was in der Geschäftsordnung steht. Die gilt für uns alle. - Hat sich Herr Abgeordneter Astrup zur Geschäftsordnung gemeldet?

(Holger Astrup [SPD]: Ich ziehe zurück, Herr Präsident! Es ist genug Unsinn geredet worden!)

- Er zieht zurück!

Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung sehe ich nicht. Ich komme zur Abstimmung über den von Herrn Füllner gestellten Geschäftsordnungsantrag, die Debatte erneut zu eröffnen. Wer diesem Geschäftsordnungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos]: Und gegen meine Stimme! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie scheuen die inhaltliche Auseinandersetzung! - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos])

- Entschuldigung! Ich stelle fest, daß Sie gegen den Geschäftsordnungsantrag gestimmt haben.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge abstimmen und rufe zunächst den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2209, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Ursula Kähler [SPD]: Herr Präsident, ich möchte darauf hinweisen - -)

- Wir stimmen auf der Grundlage einer Beschlußempfehlung ab. Das haben wir in der vorherigen Sitzung festgestellt.

(Ursula Kähler [SPD]: Aber ich hatte mündlich vorgetragen in der letzten Sitzung, daß ein Übertragungsfehler - -)

- Gehen Sie bitte ans Mikrofon! Dann können wir das dokumentieren.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung, und in diesem Rahmen muß er erfolgen, weil hier ein Antrag gestellt wird, über den wir zuerst zu beschließen haben.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Ich hatte in der letzten Sitzung als Finanzausschußvorsitzende vorgetragen, daß die vorliegende Beschlußempfehlung zum Gesetzentwurf, Drucksache 14/2176, in § 12 Abs. 4 einen Übertragungsfehler enthält, den der Finanzausschuß so nicht beschlossen hat. Deshalb hatte ich mündlich beantragt, daß Absatz 4 dieses Paragraphen nicht entfallen, sondern so wie im Ursprungsentwurf angenommen werden soll.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das kann jetzt keiner nachvollziehen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wann hat sie das denn erklärt bei der letzten Sitzung? - Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, wir müssen uns korrekt verhalten. Ich benötige die Vorlage des Sitzungsprotokolls und muß deshalb die Sitzung für zehn Minuten unterbrechen.

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Martin Kayenburg [CDU]: Da kann ich nur sagen: Peinlich, Herr Präsident!)

(Unterbrechung: 14:36 bis 14:41 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Beschlußfähigkeit ist wiederhergestellt. Ich bitte, nicht nervös zu werden. Auf die Bemerkungen der Berichterstatterin des Finanzausschusses werde ich in der Endabstimmung eingehen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ich will darauf hinweisen: Sie haben „zehn Minuten“ gesagt!)

- Wir sind jetzt in der Abstimmung! - Frau Peters, Sie wollen noch das Wort zur Geschäftsordnung?

(Thomas Stritzl [CDU]: Ich will nur darauf hinweisen: Sie haben - -)

- Ich habe Frau Peters das Wort gegeben.

Eva Peters [CDU]:

Ich möchte gern folgende Frage beantwortet haben. Sie haben vorhin die Sitzung für zehn Minuten unterbrochen. Ist es Rechtens, daß Sie vorher anfangen?

(Eva Peters)

Einige haben sich auf die Zeitspanne von zehn Minuten verlassen.

(Lothar Hay [SPD]: Laß uns die zehn Minuten ausschöpfen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sind vollzählig, Herr Präsident!)

Frau Peters, ist die Zeit noch nicht rum?

(Zurufe: Nein!)

- Dann warten wir noch einen Augenblick! -

Wir befinden uns jetzt im Abstimmungsverfahren. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2209, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay angenommen.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW auf, Drucksache 14/2213. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Frau Abgeordneten Spoorendonk bei Stimmenthaltung der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay nicht angenommen.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit der von der Berichterstatterin vorgetragenen Änderung - in § 12 Abs. 4 des Gesetzes muß es statt „entfällt“ richtig „unverändert“ lauten - sowie mit dem soeben angenommenen Änderungsantrag insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay angenommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anke Spoorendonk [SSW]: Ich habe auch zugestimmt!)

- Bei Zustimmung der Frau Abgeordneten Spoorendonk zum Gesamtgesetzentwurf!

Mir ist signalisiert worden, daß mit dieser Abstimmung der Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. zur Überleitung der Landesbauverwaltung in eine private Rechts- und Organisationsform, Drucksache 14/698, als erledigt zu betrachten ist. - Widerspruch gibt es nicht. Dann stelle ich die Erledigung dieses Gesetzentwurfs fest.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluß der heutigen Tagung. Der Beginn der nächsten, der 36., Tagung des Landtages ist am 7. Juli 1999, 10:00 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 14:47 Uhr